

**Dr. Margarete Schramböck**  
Bundesministerin für Digitalisierung und  
Wirtschaftsstandort

[buro.schramboeck@oesterreich.gv.at](mailto:buro.schramboeck@oesterreich.gv.at)  
Stubenring 1, 1010 Wien

Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMDW-10.101/0068-Präs/4a/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3204/J-NR/2019

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3204/J betreffend "Österreichische Industriestrategie", welche die Abgeordneten Rainer Wimmer, Kolleginnen und Kollegen am 28. März 2019 an mich richteten, stelle ich fest:

### **Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:**

1. *Ist Ihnen die "Nationale Industriestrategie 2030" des deutschen Bundesministers für Wirtschaft und Energie bekannt?*
  - a. *Wie beurteilen Sie den dort formulierten Vorschlag, auf europäischer Ebene einen "Rat der Industrieminister" einzurichten?*
  - b. *Wie beurteilen Sie die dort erhobene Forderung nach einer EU-Industriestrategie, die auf den Strategien der wichtigsten EU-Industrieländer aufbauen muss?*

Die "Nationale Industriestrategie 2030" und die darin formulierten möglichen strategischen Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik sind bekannt. Österreich teilt mit Deutschland die Überzeugung, dass eine wettbewerbsfähige Industrie Kernbestandteil des europäischen Wirtschaftens und Teil der Lösung für eine gemeinsame Identität eines prosperierenden und modernen Europa sein muss.

Gegenwärtig wird das Themenfeld der Industriepolitik im Rahmen der Kompetenzen des EU-Rates Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum behandelt. Vor dem Hintergrund des von Österreich stets vertretenen Zugangs, sinnvolle Themencluster zu bilden und auf einen schlanken institutionellen Rahmen auf EU-Ebene zu achten, kann und soll der deutsche Vorschlag einer Diskussion unterzogen werden.

Österreich unterstützt ebenso wie Deutschland und die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten die Erarbeitung einer gemeinsamen, erneuerten und langfristigen EU-Industriepolitik 2030. Im Rahmen dieses Erarbeitungsprozesses sollen relevante Stakeholder miteingebunden werden, denn nur eine gemeinsam erarbeitete Strategie garantiert politisches Ownership und langfristige Umsetzung.

### **Antwort zu den Punkten 2 und 3 der Anfrage:**

2. *Wird die österreichische Bundesregierung bzw. Ihr Ressort eine Industriestrategie für Österreich erarbeiten und diese in die Diskussion auf europäischer Ebene einbringen?*
  - a. *Wenn ja, wann hat der Erstellungsprozess begonnen bzw. wann wird er beginnen?*
  - b. *Wenn ja, werden Sie sicherstellen, dass alle relevanten Akteure - Industrie, Gewerkschaften und Wissenschaft - gleichermaßen in die Erstellung eingebunden werden?*
  - c. *Wenn ja, wann soll diese Industriestrategie fertiggestellt und veröffentlicht werden?*
  - d. *Wenn nein warum nicht?*
3. *Auf europäischer Ebene werden 20% Industrieanteil am BIP angestrebt, in Deutschland 25%. Welchen Anteil strebt die österreichische Bundesregierung bzw. Ihr Ressort für Österreich an?*

Laut Eurostat liegt Österreich 2018 mit einem Industrieanteil (verarbeitendes Gewerbe) von 16,6% am BIP, was 18,5% der gesamten Wertschöpfung entspricht, über dem Durchschnitt der EU 28 mit 14,6%. Dies ist als Ansporn dafür zu betrachten, sich in Ergänzung zu den aktuellen Bestrebungen auf EU-Ebene, auch auf nationaler Ebene verstärkt diesem Thema zu widmen. Eine erste Planung für eine nationale Industriestrategie entlang der Zukunftstechnologien wurde - unter Führung meines Ressorts und in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Stakeholdern - deshalb bereits gestartet. Bei der Erarbeitung der Strategie wird entschieden werden, welches Ziel sich Österreich in Hinblick auf die Entwicklung der Industrie setzen wird.

Wien, am 28. Mai 2019

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

